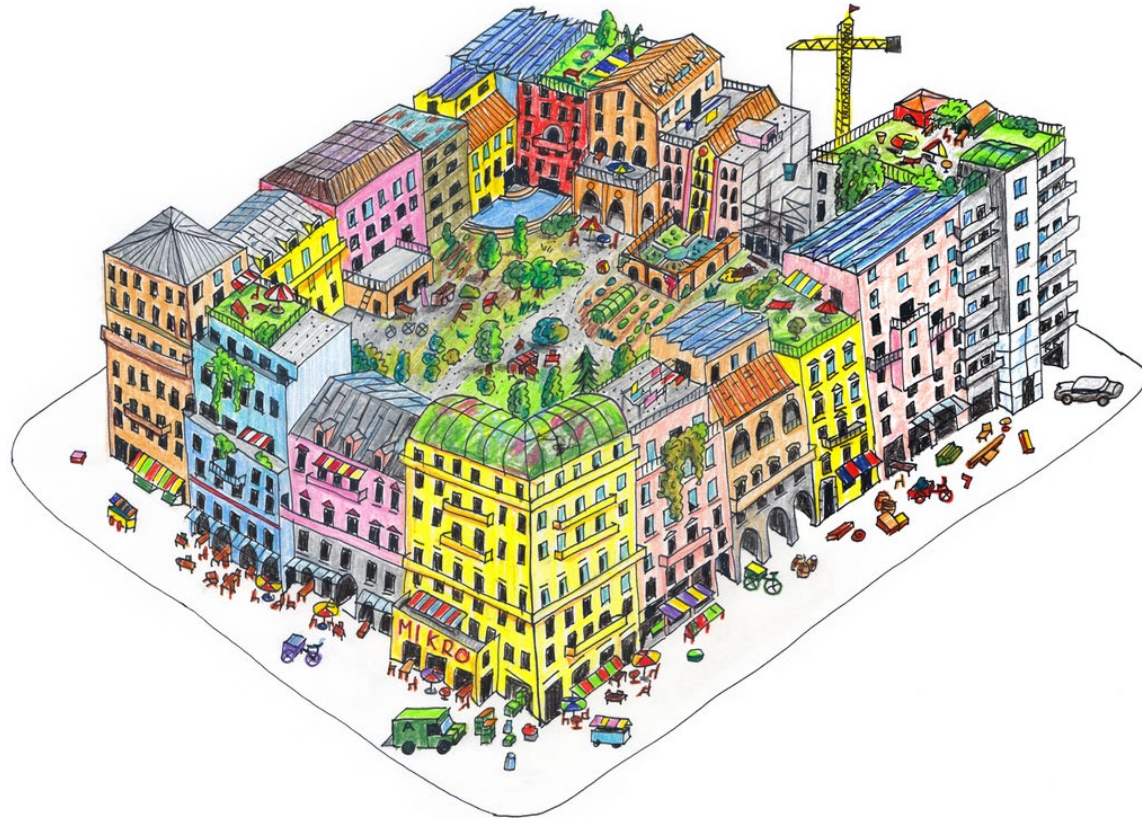


Klima-Aktionsplan Gebäude & Raumplanung

Jonas Kampus,



Vision



Heutige Situation

- 30% aller THG-Emissionen in der Schweiz bei Errichtung, Renovation und Unterhalt von Gebäuden
- $\frac{2}{3}$ der THG-Emissionen bei privaten, $\frac{1}{3}$ bei kommerziellen Gebäuden
- 60% der Gebäude werden immer noch mit Gas oder Öl beheizt
- Graue Energie macht ca. $\frac{1}{4}$ des primären Energieverbrauchs aus
- In den letzten drei Jahrzehnten wurde eine Fläche von der Grösse des Genfersees aufgrund des Gebäudebaus versiegelt



Massnahmen



Moratorium auf neue Infrastruktur bis 2030

Von 2021 bis 2030 können keine neuen konventionellen Gebäude und keine neue Verkehrsinfrastruktur gebaut werden. Planung- und Baugenehmigungen beschränken sich auf die Nachrüstung und Renovierung bestehender Infrastruktur und Gebäude.

Ausnahmen u.a. bei netto positiver und dringend benötigter öffentlicher Infrastruktur



Verbot und Ersatzpflicht für fossile und elektrische Heizsysteme

Neue fossile und direkt-elektrische Heizsysteme müssen verboten werden. Es wird eine Ersatzpflicht eingeführt, damit alle bestehenden Systeme rechtzeitig ersetzt werden.



Förderung von biologisch basierten Baumaterialien

Jedes neue Bauprojekt muss mindestens 50% Holz oder andere organische Materialien wie Hanf oder Stroh enthalten.



Digitales Materialarchiv und Bauteilemarkt zur Unterstützung zirkulärer Materialkreisläufe

Bauteile und Materialien sollen vollständig wiederverwertet werden können. Zu diesem Zweck werden ein Bauteile- und Materialaustausch sowie ein nationales Bauteilearchiv aufgebaut.



Rahmenbedingungen für Entwicklungsprozesse hin zu klimaneutralen Städten und Gemeinden

Erstrebenswert:

- Konsensorientiert
- Bekennung zu netto Null 2030 und Klimagerechtigkeit
- Echte basisdemokratische Mitbestimmung

Sollte vermieden werden:

- Pseudodemokratische Prozesse
- Bevorzugung dominanter und einflussreicher Akteur*innen
- Fehlerhafte Implementation einer Konsenskultur



Rahmenbedingungen für begehbare und lebenswerte "Städte der kurzen Wege" schaffen

Gemeinden und Privatpersonen tragen zur "Stadt der kurzen Wege" bei, indem sie auf drei Ebenen geeignete Rahmenbedingungen schaffen: Raumplanung (Verfügbarkeit von Flächen), Infrastruktur (attraktive Wegenetze) und Versorgung (Förderung verschiedener lokaler Dienstleistungen).



Ausgleich der ungleichen Arbeitsplatzverteilung

Das Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Einwohner*innen bzw. von Beschäftigten zu Erwerbstätigen ist derzeit in den Grossstädten sehr unausgewogen.

Um dieses Verhältnis wieder ins Gleichgewicht zu bringen, müssen die Grossstädte ein Verbot für neue Arbeitsplätze in den Stadtzentren verhängen. Regionen mit kurzen Arbeitswegen sollen entstehen.



Wohnungspolitik für einen "gerechten Übergang"

- Kohlenstoffarme Gentrifizierung verhindern
- Förderung von nicht profit-orientierten Mieten
- Mieter*innenschutzklausel
- Kostentransparenz bei Mieten
- Regelungen zur Eindämmung von ungerechtfertigten Mieterhöhungen



<https://climatestrike.ch/cap>

<https://climatestrike.ch/de/posts/cap-3-buildings-and-spatial-development>

